

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreibst. Tagesblatt Rieser.
Gemein. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Hauptkassier: Dresden 1938
Sitzung Rieser Nr. 52

Nr. 149.

Donnerstag, 29. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Beiragelohn. Einzelnummern 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezogen werden muß; über den Aufschlaggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Kündigungsunterbrechungsgebühr 1 Mark. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Leichgräber, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Rieser.

Auf Blatt 572 desigen Handelsregisters, die Firma Norelat & Oehme in Rieser
betr., ist heute eingetragen worden: Die Zweigniederlassung in Hamburg ist aufgehoben
worden. Amtsgericht Rieser, den 28. Juni 1922.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Landstraße
von Dörschitz nach Dabernitz liegt beim Postamt Rieser vom 6. Juli ab 4 Wochen aus.
Dresden-Nr. 6, den 28. Juni 1922. Telegraphenbauamt 2.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 28. Juni.

Am Ministertisch: Minister Lipinski, Seidt, Fleischer, Hellwig, Mitzsch.

Präsident Freyhold eröffnet die Sitzung gegen 10 Uhr. Ich habe die Mitteilung zu machen (Komm. Gewert ruft: Der Abg. Dr. Wagner muß herunter, wenn er anständig wäre, würde er verschwinden!) Der Präsident sucht sich Gehör zu verschaffen.

Abg. Müller-Chemnitz (S.): Wir hätten erwartet, daß der Abg. Dr. Wagner, der der Partei angehört, die den Wählern nahesteht, soviel Tatkraft gehabt hätte, der Sitzung fernzubleiben. Wenn Dr. Wagner nicht den Saal verläßt, werden wir gehen.

Der Präsident gibt hierauf bekannt, daß Dr. Wagner erklärt habe, er hätte keinen Grund, den Saal zu verlassen. Hierauf verläßt die gesamte Räte unter Protestrufen den Saal. — Beim Verlassen des Sitzungssaales ruft Abg. Renner (Komm.) dem Präsidenten zu: Herr Präsident, verlassen Sie doch auch den Saal!

Präsident Freyhold: Ich weiß genau, was ich zu tun habe.

Der Landtag erhebt sich hierauf von seinen Sitzen, um die Geschäftsmitteilung des Präsidenten anzuhören:

Wissen wir und nicht hören in dem, was wir vorhaben. Wie diese Stimmung entstanden ist, die uns jetzt beherrscht, wird Ihnen begreiflich sein, angesichts des Danks des politischen Lebens, unter dem wir gegenwärtig leben. Am 24. Juni ging durch Deutschland die verhängnisvolle Kunde von einem schrecklichen Verbrechen, das von einer Vereinigung, nicht von einer einzelnen Person ausgeht, dem Reichskanzler Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist. Er ist mitschuldig ermordet worden. Einer der besten Männer Deutschlands wurde aus unserer Mitte gerissen. Er war ein Mann, den Deutschland gerade in dieser Zeit sehr notwendig brauchte. Bei aller Kenntnis und Berücksichtigung der Verhältnisse, unter denen Deutschland gegenwärtig zu leben hat, verlor er nie die Hoffnung und den Mut, daran mitzuarbeiten, daß Deutschland aus der Krise herauskomme. Er hat dafür die dankenswerten Vorschläge gemacht. Ein Mann der Wissenschaft, war er auch eine Kräfte deutscher Technik, ein Volkswirt besser Art, ein braver, selbstloser Mann, der sich in dieser Zeit in unermüdlicher Weise seinem Vaterlande zur Verfügung gestellt hat. Er stand in des Wortes vollster Bedeutung für sein Vaterland. Er wollte sein schwerbedrücktes, sein wehr- und rechtsloses Vaterland aus der Not herausführen. Er war der Mann dazu, an diesem Ziele wesentlich mitzuarbeiten. Das ganze deutsche Reich ist tief erschüttert über den unerträglichen Verlust. Nicht minder schwer ist die Familie betroffen, die ihr bestes Mitglied verloren hat. Schwer ist auch der Verlust für die demokratische Partei, die Rathenau zu ihren hervorragendsten Mitgliedern rechnen durfte. Wir sprechen der Partei und der Familie unser Beileid aus. Vizepräsident Dr. Wagner hat der Familie unsere Trauer über diese ungeheure Tat übermitteln. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen. Die Gräfin hat sich geschlossen über Rathenau, nicht aber die Wunden, die uns geschlossen worden sind. Die ungeheure Ausregung, die augenblicklich durch Deutschland geht, ist begreiflich, aber dennoch dürfen wir trotz der Rücksichtlosigkeit dieser Tat die Ruhe nicht verlieren und müssen uns immer wieder die Frage vorlegen: Was nun? Wir müssen versuchen, die Wunde zu füllen, die der Tod gerissen hat. Auch die Abgeordneten, die den Saal verlassen haben, trauern mit uns. Das ganze sächsische Volk trauert um Rathenau. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben, ich stelle das fest. Der Name Rathenau wird in der deutschen Geschichte fortleben. Zum Zeichen der Trauer schlage ich vor, die Sitzung um eine Stunde zu verschieben.

Das Haus stimmt dem zu.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung kurz nach 12 Uhr erhält

Abg. Wirth (S.) das Wort zu einer Erklärung, in der die drei Linksparteien beantragen, zwecks Abhaltung einer Trauerkundgebung der drei Arbeiterparteien im Saale der ersten Kammer die Sitzung um eine weitere Stunde zu unterbrechen.

Der Präsident beraumt daraufhin die nächste Sitzung auf 2 Uhr nachmittags an.

Die Trauerkundgebung der Linksparteien.

Die Trauerkundgebung wird durch den Abg. Wirth (S.) eröffnet.

Landtagspräsident Freyhold nahm dann das Wort, um zuerst des Reichskanzlers Rathenau und dann des Staatsmannes zu gedenken. Dann führte der Redner des weiteren noch aus: Die Erregung im Reich ist eine ungeheure große und eine Auflösung des Parlamentes erscheint dringend notwendig, damit die Abrechnung mit den Parteien, die mitschuldig sind an dem Verbrechen, erfolgen kann. Das wird sicherlich seine Rückwirkung auf den sächsischen Landtag haben. In der nächsten Zeit wird es voraussichtlich schwere Stunden geben, dazu wird es notwendig sein, daß alle diejenigen, die zur Republik halten, geschlossen zusammenstehen. Diese Einigung aber wünschen wir nicht nur innerhalb der sozialistischen Parteien und der Arbeiterkraft sondern auch da weit in die Kreise des Bürgertums und der Beamtenschaft hinein. — Nachdem sich der Redner dann

nach einmal über die Ursachen zum Mord verbreitet hatte, knüpfte er die Mahnung daran: Wir dürfen aber die Leidenschaften des Volkes nicht noch mehr aufkochen; es ist heute leicht, draußen eine Rede gegen rechts zu halten und damit viel Beifall zu bekommen. (Das ist aber sehr notwendig!) ruft Minister Fleischer und verläßt nach diesen Worten den Saal.) Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Redner dann noch auf die Ausnahmestimmungen hin, die ein notwendiges Übel, sich in der Hauptfrage — wie der Reichsjustizminister erklärt hat — gegen rechts richten; er müsse aber ebenso dringend die Linksparteien bitten, sich all dessen zu enthalten, was dazu führen könne, die Ausnahmebestimmungen auch gegen sie anzuwenden.

Abg. Wirth (S.) erteilt dann dem Abg. Dr. Seufert das Wort, der etwa ausführt: Als Vertreter der Partei, der der ermordete Reichsminister politisch angehört, bitten wir im Rahmen der Trauerkundgebung den Ausführungen des Herrn Präsidenten eine kurze Erklärung anfügen zu dürfen. Es drängt uns, auszusprechen, daß die ruchlosen Mörder sich schwer an dem ganzen Volke veründigt haben, indem sie einen der besten und bestbeachteten Führer, einen Mann, der selbstlos und unermüdlich seine hohen Gaben dem Wohle des Vaterlandes hingab, aus blinder Wut getötet haben. Es drängt uns, die Ueberzeugung auszusprechen, daß der Mord nicht so sehr der Person des Staatsmannes, sondern vielmehr dem freien Volksstaat, der deutschen Republik, gegolten hat. Es ist uns eine ernste Pflicht, indem wir dankbar des Toten gedenken, uns erneut zur Republik zu bekennen. — Ueber alle Gegensätzlichkeit zu den übrigen republikanischen Parteien hinweg, zu der wir deutschen Demokraten zählens durch die politischen Verhältnisse des Landes gezwungen sind, sind wir mit diesen darin einig, daß die Republik mit allen gesetzmäßigen Mitteln gegen ihre Feinde gekämpft werden muß. Es müssen sich Mittel finden lassen, durch die Verbrechen, die aus geheimer und öffentlicher Aufregung gegen die Republik hervorgehen, nach Menschenmöglicheit verhindert werden. Mit allen Mitgliedern des Hauses teilen wir den Wunsch vor der entsetzlichen Tat und den Wunsch, daß die Tat bald ihre Sühne finde. Mit allen Ernstlichen des Volkes aber glauben wir uns eins in der Ueberzeugung, daß nicht das und Kampf, sondern Zusammenstehen und gemeinsame Arbeit unser Volk retten wird.

Abg. Wirth (S.) bringt zum Schluß ein Hoch auf die deutsche Republik aus.

Um 1 Uhr 15 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident empfiehlt dem Landtag eine Reihe von neu eingegangenen Vorlagen den Haushaltsausschüssen zu überweisen. Der Landtag beschließt demgemäß.

Das Wort nimmt hierauf Minister Lipinski zu einer Regierungserklärung, in dem die Regierung den Mord an Dr. Rathenau nur als ein Glied in der Kette des planmäßig organisierten politischen Terrors bezeichnet und macht für die Vorgesammelte zur Verlesung politischer Morde die Reichsregierung, sowie die durch die rechtsstehenden Parteien verantwortlichen Feiern usw. verantwortlich. Mit der Reichsregierung sei die Staatsregierung einig, daß alles getan werden müsse, um die monarchisch-nationalistische verurteilte politische Atmosphäre Deutschlands gründlich zu reinigen. Ein weiterer Teil der Erklärung bezieht sich mit der Verordnung der sächsischen Regierung, betr. Verbot aller monarchisch-nationalistischen Kundgebungen usw. und stellt in Verbindung hiermit fest, daß die Reichsregierung darauf hingewiesen sei, daß die Reichswehr die monarchisch-nationalistische Agitation durch Stellen von geschlossenen Formationen zu Regimentsfeiern usw. begünstigt hat und dies vom Reichswehrminister angeordnet worden ist, ohne der sächsischen Regierung hiervon Kenntnis zu geben. Die Regierung habe es daher der Reichsregierung für geboten gehalten, einen Wechsel im Reichswehrministerium eintreten zu lassen. Wenn alle überzeugten Republikaner und Sozialisten zusammenstehen, dann wird die Lust zu monarchischen Erhebungen bald vergehen. Die Regierung wird weiter bemüht sein, die Republik zu festigen und die Verwaltung von unzuverlässigen Elementen zu säubern. Am Schluß der Erklärung bittet die Regierung verschiedene gesetzgeberische Arbeiten baldigt den Vorlagen gemäß zu verabschieden und weist schließlich den Vorwurf zurück, daß sie an ihren Kemter klebe. Die Regierung wird dem Landtag ihre Kemter zur Verfügung stellen, wenn der Landtag dies von ihr fordert. Der Schluß der Erklärung klang aus in einem Aufruf an alle Republikaner, zusammenzutreten in der Abwehr der Feinde und die Republik nach Kräften zu stützen und zu schützen.

Hierauf schließt sich eine Geschäftsordnungsansprache. Abg. Wirth (S.) erklärt, daß alle Parteien das Bedürfnis haben, zu der durch den Mord geschaffenen Lage Stellung zu nehmen und zwar so bald wie möglich. Auch sind aus dem Lande eine Reihe von gewalttätigen Terrorakten von linksradikaler Seite gemeldet worden; wir wünschen deshalb, daß die Befragung der Regierungserklärung schon morgen stattfinden.

Minister Lipinski erklärt, daß die Regierung der Ansprache nicht aus dem Wege gehe. Da aber die Reichsregierung die Ministerpräsidenten der Länder zu sich gebeten habe, muß ich als Stellvertreter des Ministerpräsidenten und morgen in Berlin sein und kann deshalb hier nicht zur Verfügung stehen.

Abg. Seufert (Dm.): Wir haben ein ganz besonderes Interesse daran, recht bald, möglichst sofort, die Befragung über die Regierungserklärung und die politische Lage vorzunehmen. (Beim links.)

Abg. Wirth (S.): Wir beantragen, die Sitzung auf nächsten Dienstag zu verschieben.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 4. Juli, vormittag 11 Uhr.

Tagesordnung: Befragung der Regierungserklärung und Erledigung der heutigen Tagesordnung.

Eine Erklärung der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt folgendes: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist durch die von der sozialistischen Landtagsmehrheit beschlossene Vertagung der politischen Aussprache der Reichsregierung über den Mord an Rathenau sehr bedauerlich in der Durchführung der Reichsregierung in der Lage Stellung zu nehmen. Sie legt Wert darauf, schon hierdurch ihrem Abscheu und ihrer Entrüstung über diese menschenliche Ausbeute zu geben, eine Tat, die nicht nur ein schreckliches Verbrechen ist, sondern eine Verletzung politischen Bekenntnisses, das das deutsche Volk seiner geistlichen Entwicklung auf das Schwerste gefährdet. Sie fordert, daß seitens der zuständigen Stellen alles geschieht, um der Mordtat zu verhindern und um ähnliche Taten für die Zukunft zu verhindern. Sie erhebt schärfsten Einspruch dagegen, daß der Mord Rathenau von linksradikaler Seite als Anlaß zu einer wüsten Hebe gegen das Bürgertum genommen wird, die bereits in verschiedenen Teilen des Landes, besonders in der Lausitz, zu schweren Ausschreitungen geführt hat.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 28. Juni.

Präsident Ebert gedenkt zunächst des furchtbaren Eisenbahnunglücks auf dem Nordring und spricht den Verwundeten und den Hinterbliebenen der Getöteten das Beileid des Reichstags aus. Die Abgeordneten hatten sich erhoben.

Der Nachtragsetat für 1922 wird in allen drei Lesungen angenommen, mit einer Entschliebung, die sozialen Beamtengruppen der Geldwertung anzupassen. Ebenso wird endgültig angenommen der Gesetzentwurf über Erhöhung der staatlichen Gebühren für den Warenverkehr mit dem Auslande und eine Verlängerung des Gesetzes zur Vorübergehenden Erhebung der Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923.

Das Gesetz über Abfertigungen vom Grenzübergehe geht an den Volkswirtschaftsausschuss. Ein Zusatzabkommen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberfließen wird endgültig angenommen. Desgleichen die Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs und über Berg- und Gattensidallisches Eigentum.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Arbeitszeit im Bergbau unter Tage.

Der Ausschuss hat das Gesetz auf alle Gruben ausgedehnt. Die allgemein durch Tarife festgelegte Arbeitszeit soll bindend sein. Ueberstunden können durch allgemeinverbindlichen Tarifvertrag vereinbart werden.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, das Gesetz auch auf die Salinen auszudehnen und die Schichtzeit auf längstens 7 Stunden festzusetzen.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt sich mit den Ausschussbeschlüssen einverstanden, bekämpft aber die kommunikativen Anträge, die zu einer Produktionsminderung führen und die Durchführung des Gesetzes verzögern müßten.

Abg. Pieper (U. Soz.) und Abg. Jentsch (Soz.) stimmen den Ausschussbeschlüssen zu.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Ausschussentschliebung, die eine gezielte Regelung der Arbeitszeit auch für die Angestellten verlangt.

Arbeitsnachweisgesetz.

Die Regierung wollte die gewerbmäßige Stellenvermittlung vom 1. 1. 1931 ab verbieten. Der Ausschuss will keine gewerbmäßigen Stellenvermittler neu konfessionieren und die vorhandenen der Aufsicht der Arbeitsnachweisämter unterstellen. Weiter bringt die Vorlage den Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise und für die meisten Arbeitgeber den Zwang zur Annahme offener Stellen. Als Arbeitsnachweisämter werden eingerichtet die öffentlichen Arbeitsnachweise, die Landesämter für Arbeitsvermittlung und als Spitze das Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Vorlage schafft keinen neuen, großen Apparat mit einem neuen Beamtenheer. Die Zahl der Arbeitsnachweise werde eher vermindert. Maßgebend sei der Grundgedanke voller Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Schutz der Minderheiten. Die Vorlage bedeute einen wesentlichen Fortschritt, die Arbeitsvermittlung werde unentgeltlich. Wegen der im Verdict zu befürchtenden Arbeitslosigkeit sei das Gesetz unentbehrlich.

Abg. Kaiser (Soz.): Wir freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter glauben, daß es nach den vielen Vorarbeiten möglich sein muß, das Gesetz rasch zu erledigen. Nicht verständlich ist es, daß die Reichs- und Landesämter und die öffentlichen Gewerkschaften ihren eigenen Minister im Stich gelassen haben. Redner empfiehlt Abänderungsanträge, die ein Verbot der gewerbmäßigen Stellenvermittlung schon vom 1. Januar 1925 an verlangen. Die landwirtschaftlichen

Betriebe hätten nicht, wie der Ausschuss will, von der Arbeitspflicht ausgenommen werden.

Abg. Meyer (D.): Das Gesetz ist ein geeigneter Unterbau für die kommende Arbeitslosenversicherung. Ein Monopol der öffentlichen Arbeitsnachweise würde einen gesunden Wettbewerb verhindern, der nur nützlich wirken könnte. Von den Ausschussbeschlüssen könne das Zentrum nicht abgehen. Die Einbeilligkeit in der Arbeitsvermittlung werde durch die Landesämter gewährleistet. Das Gesetz sei ein Instrument zur Verwirklichung des Wirtschaftslebens.

Abg. Kunkel (D.): Im Ausschuss habe eine bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen der Arbeiterparteien eine Vorlage zustande gebracht, die durchaus nicht vereinbar sei mit dem neuen Kurs der Sammlung der republikanischen Arbeitnehmerschaft gegen den Feind, der rechts steht.

Reichsarbeitsminister Brauns: In den Parteien, die die Ausschussbeschlüsse gefaßt haben, sitzen auch republikanisch gesinnte Arbeiter.

Abg. Kieberg (Dn.): Ein Monopol für öffentliche Arbeitsnachweise würde unerträglich sein. Dem Handwerker muß die Möglichkeit gegeben sein, sich die gezielten Dienste zu beschaffen. Die Verfeinerung der Verhältnisse und die Berufsberatung müßten bei den Innungen und Handwerkskammern bleiben.

Abg. Dr. Hoff (Dn.): Die künstliche Schaffung eines Monopols der öffentlichen Arbeitsnachweise würde einer einheitlichen Regelung der Sache schaden. Rechner stimmt den Ausschussbeschlüssen zu.

Abg. Dr. Fink (Dn.): Am besten würde sich der Apparat des Arbeitsnachweises völlig auf dem Boden der Selbstverwaltung aufbauen. Wir möchten die aus den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgewachsenen Arbeitsnachweise nicht beseitigen. Darum stimmen wir den Ausschussbeschlüssen zu. Die Forderung der vielen Innungen sagt uns nicht zu. Wir werden jeder Vereinfachung zustimmen. Den Widerstand lehnen wir ab.

Abg. Schirmer (Dn.): Das Gesetz darf nicht zu einer Schematisierung und Bürokratisierung führen. Die Freiheit der Persönlichkeit muß unangestastet bleiben. Wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß sich die Vertreter der Innungen als alleinigen Arbeitgebervertreter ausgeben. Wir stimmen dem Gesetz im Ganzen zu.

Abg. Walz (Dn.): Die Arbeiter werden die arbeiterfeindliche Tendenz des Gesetzes bald durchschauen. Die Weiterberatung wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Getreideumlage und kleine Vorlagen.)

Geetze zum Schutze der Republik.

Der Reichstag hat vor den Trauerfeierlichkeiten im Reichstag den Führern der Koalitionsparteien Mitteilungen über den Inhalt des neuen Gesetzesentwurfes zum Schutze der Republik gemacht. Die Beratungen über den Gesetzesentwurf werden noch diese Woche im Kabinett abgeschlossen, da das Gesetz bereits Anfang Juli im Reichstag und Reichstag zur Verabschiedung kommt. Das Gesetz deckt sich im allgemeinen mit den erlassenen Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten, die damit zu dauernden gesetzlichen Vorschriften umgewandelt werden. Eine Verschärfung (von einigen Ländern beantragt) der Schutzmaßnahmen im Verordnungswege hat das Kabinett abgelehnt. — Nach einer späteren Meldung hat der Gesetzesentwurf gestern nach drei Sitzungen das Reichskabinett passiert. Er wird heute den Ministerpräsidenten der Länder zur Kenntnis gebracht werden und hierauf an den Reichstag und den Reichstag weitergeleitet werden.

Forderungen der Linksparteien und Arbeiterschaften.

In einer Sonderausgabe veröffentlicht der „Vorwärts“ Forderungen, welche die drei sozialistischen Parteien gemeinsam mit dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Alldeutschen Verbandes an die Reichsregierung und den Reichstag gerichtet haben. Danach soll das Gesetz zum Schutze der Republik u. a. enthalten, ein sofortiges Verbot und strenge Bekämpfung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift, Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen, Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben, sofortige Beseitigung aller monarchistischen Embleme an öffentlichen Gebäuden und Amtsbauten, Bekämpfung jedes Angriffes in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Fahnen und Farben, strengste Vorschriften zur Sicherung der Regierungskassen und Behörden, der Gerichte und Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen, Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes, Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere, Unterlassung weiterer Ehrennennungen zum Kriegerdenkmal, Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, Schaffung einer Reichsregierung, insbesondere einer Reichskriminalpolizei. Die Geltungsdauer des Gesetzes soll zunächst auf mindestens 2 Jahre festgelegt werden. Ferner wird gefordert sofortige Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten, Amnestie auch für die anlässlich des Eisenbahnstreiks zur Verantwortung gezogenen. Ferner verlangt die Erklärung von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien im Auslande eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten immer neuen Agitationsstoff liefere, endlich ablasse.

Die Getreideumlage.

Die vorgeschlagenen Bestimmungen im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages über die Getreideumlage haben, wie die Blätter fürchten, die Gefahr einer schweren Krise wieder näher gerückt, falls nicht ein neues Kompromiß gelingt. Der Reichstagspräsident hatte mit den Parteiführern die Getreideumlage besprochen. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Die interfraktionellen Besprechungen mit der Regierung sollten gestern fortgesetzt werden. — Laut „Vorwärts“ beschloß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Dienstagabend in einer langen Sitzung mit der Frage der Getreideumlage. Dem Vortag zufolge überzog die Meinung, daß eine Verhandlung nicht mehr zu erzielen sei und daß die Reichstagsauflösung damit unvermeidlich sein werde.

Die Feuerungszulagen.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages stand gestern die Regierungsvorlage über die mit den Gewerkschaften vereinbarten Feuerungszulagen zur Beratung. Angenommen wurde § 1, wonach ab 1. Juni zum Grundgehalt die Diäten und Zulagen, soweit diese Bezüge des Betrages von insgesamt 10 000 M. nicht überschreiten, 100% im übrigen 105%, als Feuerungszulage gezahlt werden. Zu den Anderungen wird eine Feuerungszulage von 105% gemindert werden. Der Ausschuss bewilligte weiter die von der Reichsregierung aufgestellten Richtlinien betr. die Gewährung einer jederzeit widerruflichen Ministerialzulage an sämtliche Beamte der Reichsministerien, des Reichspräsidenten, des Reichstages, des Reichskriegsmarineamtes, des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, des Reichsfinanzhofes, der Reichsgerichte und des Reichskommissariats für die besetzten rheinischen Gebiete. Das Gesetz über die Feuerungszulagen soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten. Damit wird die Reichsregierung in die Lage versetzt werden, die Auszahlung der Reichsbeträge mit größter Regelmäßigkeit vorzunehmen.

Der Außenhandelsausschuss der Außenhandelsstelle für den Exporthandel.

Die Unterkommission für die Schutts hatte gestern ihre erste Zusammenkunft mit der russischen Abordnung. Nach der Eröffnung der Sitzung sagte der Vorsitzende Alphonse, es handele sich um eine Versammlung von Sachverständigen, bei der die Politik ausgearbeitet sein sollte. Er betonte, daß gerade die Franzosen großes Interesse für die Schutts hätten. Dieses Interesse sei aber kein kapitalistisches Interesse, sondern das Interesse der Arbeiter und Bauern, die ihr Bargeld der russischen Regierung anvertraut hätten. Litvinow sagte darauf, politische Umstände hätten bisher eine Lösung der Frage verhindert. Er erinnerte an die Konferenz von Genoa, wo hinsichtlich einiger Punkte Übereinstimmung erzielt worden sei. Genoa habe Erfolg gehabt in der Frage der Schutts und man solle die Arbeiten da fortsetzen, wo man sie unterbrochen habe. Man verlange Auskunft über den russischen Teil, was Litvinow aber ablehnte. Alphonse teilte darauf mit, daß die russische Kommission die Auskunft brauche, wenn sie untersuchen solle, ob Russland ein Monopol und andere Erleichterungen erhalten könne. In der weiteren Aussprache betonte Alphonse, daß man Russland bereits in Genoa ein Monopol versprochen habe. Formelle Vereinbarungen seien aber nicht gemacht worden. Litvinow sagte darauf, die Versammlung sei doch eine Zusammenkunft von Sachverständigen, die verpflichtet seien, auf den Vereinbarungen, die ihre Regierungen in Genoa getroffen hätten, zu bestehen und die diese Beschlüsse nicht ändern könnten. Die Sache sei aber die, daß keine formellen Vereinbarungen getroffen worden seien. Er schloß vor, daß der russische Ausschuss seine Auskunft in einer allgemeinen vorläufigen Formel geben solle, während die nicht-russische Kommission Daten geben solle über den Betrag der russischen Exportzölle, die sich in den verschiedenen Staaten befinden. Alphonse erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Die Konferenz in Haag.

Die Unterkommission für die Schutts hatte gestern ihre erste Zusammenkunft mit der russischen Abordnung. Nach der Eröffnung der Sitzung sagte der Vorsitzende Alphonse, es handele sich um eine Versammlung von Sachverständigen, bei der die Politik ausgearbeitet sein sollte. Er betonte, daß gerade die Franzosen großes Interesse für die Schutts hätten. Dieses Interesse sei aber kein kapitalistisches Interesse, sondern das Interesse der Arbeiter und Bauern, die ihr Bargeld der russischen Regierung anvertraut hätten. Litvinow sagte darauf, politische Umstände hätten bisher eine Lösung der Frage verhindert. Er erinnerte an die Konferenz von Genoa, wo hinsichtlich einiger Punkte Übereinstimmung erzielt worden sei. Genoa habe Erfolg gehabt in der Frage der Schutts und man solle die Arbeiten da fortsetzen, wo man sie unterbrochen habe. Man verlange Auskunft über den russischen Teil, was Litvinow aber ablehnte. Alphonse teilte darauf mit, daß die russische Kommission die Auskunft brauche, wenn sie untersuchen solle, ob Russland ein Monopol und andere Erleichterungen erhalten könne. In der weiteren Aussprache betonte Alphonse, daß man Russland bereits in Genoa ein Monopol versprochen habe. Formelle Vereinbarungen seien aber nicht gemacht worden. Litvinow sagte darauf, die Versammlung sei doch eine Zusammenkunft von Sachverständigen, die verpflichtet seien, auf den Vereinbarungen, die ihre Regierungen in Genoa getroffen hätten, zu bestehen und die diese Beschlüsse nicht ändern könnten. Die Sache sei aber die, daß keine formellen Vereinbarungen getroffen worden seien. Er schloß vor, daß der russische Ausschuss seine Auskunft in einer allgemeinen vorläufigen Formel geben solle, während die nicht-russische Kommission Daten geben solle über den Betrag der russischen Exportzölle, die sich in den verschiedenen Staaten befinden. Alphonse erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Die russische Delegation wird am Freitag den Wünschen der nicht-russischen Unterkommission entsprechen und ein Schema der von Russland verlangten Kredite vorlegen. Das Schema wird schon in Moskau ausgearbeitet und nennt besonders die Kredite für die verschiedenen Betriebe, die am notwendigsten sind. Wie verlautet, wird Krasin Anfang nächster Woche erwartet.

Der neue Kriegsbeschädigtenprozeß.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann gestern der neue Kriegsbeschädigtenprozeß gegen den Spezialarzt für Frauenkrankheiten Dr. Oskar Michaelson aus Berlin-Wilmersdorf, der von der französischen Regierung beschuldigt wird, hauptsächlich in den Jahren 1917 und 1918 in den Lazarets des Ost- und Westfronts frante Kriegsgefangene mißhandelt oder deren Mißhandlung gebilligt und ferner in mehreren Fällen den Tod von Kriegsgefangenen durch schändliche Behandlung verschuldet zu haben. Außerdem soll er sich Unterschlagungen zu Ungunsten der französischen Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen. Es sind 34 deutsche und 14 französische Beugen geladen. Letztere sind nicht erschienen. Auch eine französische Kommission ist nicht erschienen, ebenso fehlen französische Bezeugende. — Der Angeklagte, der sich bei Kriegsausbruch freiwillig als Arzt zur Verfügung gestellt hat, weist darauf hin, daß ihm von angesehenen französischen Zivilpersonen für die ausgesetzte Behandlung Dank ausgesprochen worden sei. Er schloß die unzulänglichen Einrichtungen in den nordfranzösischen Lazarets und die schwierigen sanitären Verhältnisse, doch sei es ihm durch seine strengen sanitären Maßnahmen, deren Notwendigkeit freilich von der französischen Zivilbevölkerung nicht immer eingesehen worden sei, zum Beispiel gelungen, in Dug-le-Gros den Typhus, der soviel Opfer gefordert hat, fast zu beseitigen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Vom Landtag in Thüringen. In der Landtagssitzung kam es bei der Besprechung der Interpellation der Kommunisten zu großen Meinungsverschiedenheiten, als der Abg. Perfurth (Dn.) sprechen wollte. Da die Rede in Tatsachen ansetzte, drohte, unterbrach der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab der Minister des Innern die Maßnahmen der Regierung zum Schutze der Republik bekannt.

Ausbreitungen in Frankfurt und Heidelberg. Der Frankfurter Zeitung zufolge besetzten gestern fünf Ausländer die Fabrikengänge der wegen des Streiks der Techniker und Werkmeister stillgelegten Adlerwerke in Frankfurt und nahmen eine drohende Haltung an. Der sozialistische Direktor Wiegand schloß sich mit seinen Kollegen über einen Streik aus, er erlitt hierbei einen Herzschlag und brach tot zusammen. Wiegand war seit 30 Jahren bei den Adlerwerken tätig. — Wie die Frankfurter Zeitung aus Heidelberg meldet, ereignete sich dort vorgestern nachmittags ein erster Zwischenfall, als der Arbeiterführer Heinrich Lenard gegen die Anordnung des Direktors im Radiologischen Institut der Universität seine Vorlesung hielt. Andrängende Arbeitermassen wurden aus Ordnung gebracht und von Studenten mit Steinen beworfen. Als Gelehrter Lenard nebst einigen Studenten verhaftet war, drängten ihnen die Arbeitermassen über die Reusenheime der Brücke nach und drohten, sie in den Neckar zu werfen. Die Verhafteten wurden in das Gewerkschaftshaus und dann in das Gerichtsgefängnis gebracht. Erst gegen 10 Uhr abends verließen sich die Massen vor dem Gefängnis.

Neue Zwischenfälle in Osnabrück. In Osnabrück kam es Dienstagabend nach Beendigung der Demonstration aus Anlaß des Todes an Marthausen, an der etwa 3000 Personen teilnahmen, zu mehreren Zwischenfällen. Einige junge Leute, die durch das Verhalten einer Anzahl Schüler herausgefordert worden sein sollen, drangen in die Wilmarschule und das Lyceum ein, rissen dort die Bilder von Lehrern und andere Gemälde von den Wänden, vernichteten sie und warfen sie aus dem Fenster. Aus dem Lyceum wurden außerdem zwei schwarz-weiß-rote Fahnen herausgeholt und zerissen. Teilnehmer an dem Demonstrationzug drangen auch in das Privatkontor des Verlegers der „Osnabrücker Nachrichten“ ein. Sie verlangten die Heraus-

gabe von Rasterbildern, die sie zerissen und auf die Straße warfen. Außerdem wurde das Personal einiger Kantinen gezwungen, die Geschüttsräume zu verlassen. Die Geschüttsräume wurden veranlaßt, die Geschüttsräume zu verlassen.

Tischlermeister Welsch. In der Reichstagskammer ist folgendes Telegramm des russischen Volkskommissars Tischlermeister eingelaufen: „Ich erkläre durch die (schreckliche) Nachricht von dem abstoßenden Verbrechen und dem tragischen Ableben meines persönlichen Freundes und bedeutenden Staatsmannes, der normale deutsch-russische Beziehungen anbahnte, bitte ich der schwer geprüften Mutter und der ganzen Familie Dr. Rothemann meinen tiefsten Schmerz auszudrücken. Mit unseren deutschen Freunden fühlen wir uns in dieser Stunde noch näher.“

Trochbrief an den Reichspräsidenten. Ministerialrat erhielt einen Trochbrief aus Mainz des Inhalts, die Organisation habe ihm als nächsten das gleiche Schicksal bestimmt, wie es Rathenau widerfahren sei.

Der bayerische Landtag beschloß sich gestern in Anwesenheit der Regierung mit den Interventionen der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei, in denen eine Erklärung der Staatsregierung über die Stellung zur Verordnung der Reichsregierung vom 24. ds. Mts. über den Schut der Republik gefordert wird. Als der zweite Interpellant Dr. Hilpert die Interpellation der Mittelpartei begründete und seine Rede mit einer Verurteilung des politischen Wortes einleitete, fielen lebhafteste Zwischenrufe von der äußersten Linken. Die Sozialisten und Kommunisten verließen gemeinsam den Saal. Ministerpräsident Graf Dethlefsen sagte u. a.: Die bayerische Regierung erkennt an, daß in der Verordnung die Zukunftsfrage für die Erlassung vollkommener Maßnahmen primär den Landesbehörden überlassen und damit berechtigten Forderungen Rechnung getragen wird. Dies gilt namentlich auch für die Erlaubnis und das Verbot öffentlicher Versammlungen. Aber dadurch, daß in der Hauptverordnung sekundär der Reichsminister des Innern berechtigt ist, seinverleiht solche Maßnahmen zu verlangen, und über eine solche Verordnung endgültig der Staatsgerichtshof zu entscheiden hat, ergibt sich im ganzen eine Verschlechterung gegenüber der früheren Verordnung, wonach der Reichsgerichtshof zu entscheiden hatte. Die bayerische Regierung kann sich mit dem Inhalt der Hauptverordnung daher nicht einverstanden erklären. Es handelt sich, fuhr Graf Dethlefsen fort, um Ausnahmebestimmungen, die nach der ausdrücklichen Erklärung des Reichsjustizministers im Reichstags gegen Rechts, also gegen einen bestimmten Teil des deutschen Volkes gerichtet sind. Ausnahmebestimmungen haben erfahrungsgemäß etwas Bedenkliches und sollten möglichst bald verschwinden. Nun soll die Hauptverordnung zum Schutze der Republik bald von einem entsprechenden Gesetze abgelöst werden. Es ist klar, daß die gegen die Verordnung bestehenden Bedenken in verstärktem Maße für das Gesetz zutreffen würden. Die bayerische Regierung kann deshalb verlangen, möglichst bald über die geplanten Vorschriften unterrichtet zu werden. Sie wird hierbei wie bisher mit den Regierungen der anderen Länder ihren Standpunkt nachdrücklich vertreten. Der Reichstagspräsident hat für den 29. eine Besprechung der Ministerpräsidenten zu diesem Zwecke einberufen. Wenn überhaupt Vorschriften erlassen werden, so müssen sie den Titel „Gesetz der Verfassung“ tragen. Dann könnten alle Bürger hinter solche Vorschriften treten, die geeignet sind, Auswüchse der politischen Fehle und Lüge zu bekämpfen. Wir wünschen, daß die Urheber des feigen politischen Wortes ihre gerechte Strafe finden. Die Regierung hat aber die erste Pflicht, Ruhe und Ordnung sowie die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, daß die gesicherte Entwicklung unserer staatlichen Zustände von keiner Seite eine Beeinträchtigung erfahren. (Beifall rechts.)

England.

In Dublin wird heftig gekämpft. Die freikantonalen Truppen machten auf Hauptquartier der Aufständischen mit Mörkern und Schnellfeuergeschützen einen Angriff. Die Aufständischen erwiderten das Feuer. Es soll viele Tote gegeben haben. Die Regierung des Freistaates hat die Nachrichtensur eingeführt.

Die Mörder Rathenaus ermittelt.

Eine amtliche Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten besagt, daß der Mord an Rathenau aufklärt ist, nennt die Namen der Mörder und gibt ihr genaues Signalement. Die Täter sind der Berliner Ernst Werner Tschow, der Sachse Fischer, auch Vogel genannt, und der Medlenburger Bauer, auch Körner und Kern genannt. Alle drei gehörten der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Ehrhardt. Mehrere der Mithatenschaft überführte Personen wurden bereits festgenommen.

Nach dieser amtlichen Darstellung hat Tschow Berlin am Sonntagabend in Richtung nach Halle verlassen, während die beiden anderen im Laufe des Diensttages nach Norden fuhren. Da sie nach den polizeilichen Ermittlungen ohne größere Geldmittel und auch ohne Pässe waren, ist zu erwarten, daß sie Deutschland noch nicht verlassen haben. Es werden zahlreiche Einzelheiten über die Hilfsmittel der Mörder bekannt, von denen vorerst nur gesagt werden kann, daß für sie und für die Tat selbst hohe Geldsummen zur Verfügung standen. Die Summen waren von hochgestellten Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt worden. Die Fäden der Verschöderung ziehen sich weit über Berlin hinaus und reichen bis nach Süddeutschland, wo sie in den Kreisen einer Geheimorganisation zusammenkommen.

Das Polizeipräsidium teilt weiter mit: Der Kraftwagen, der von den Mörkern des Augenministers Rathenau vermutlich bei der Ausführung der Tat benutzt wurde, ist von der Berliner politischen Polizei ermittelt und sichergestellt worden.

Wie die „Post, Tag.“ von dem Leiter der politischen Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weik, über die Ermittlung der Mörder Rathenaus erzählt, verfolgte die Polizei seit Dienstag nacht eine Spur. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde bereits im Westen Berlins ein Teilnehmer an der Mordverschwörung verhaftet. Durch die Ausfagen dieses Mannes und durch das Material, das man bei ihm fand, wurde die Polizei auf eine Spur gewiesen, die sich als richtig herausgestellt hat.

Nach einer Fernsprechanmeldung von heute nachmittags wurde einer der Mörder des Reichsministers Rathenau, der 25jährige Ernst Werner Tschow, heute vormittags in der Nähe von Frankfurt a. O. verhaftet. Es ist derjenige, der das Auto gesteuert hat.

Vertilches und Sächsisches.

Mies, den 29. Juni 1922.

— Kirchliches. Am 4. Juli d. J. werden es 25 Jahre, daß die biesige Trinitatiskirche geweiht und in Gebrauch genommen worden ist. Aus diesem Anlaß findet nächsten Sonntag, vorm. 9 Uhr, in ihr ein Festgottesdienst statt. Der Gottesdienst in der Klosterkirche fällt an diesem Tage aus.

— Gestohlen wurde am 25. Juni früh 1/2 Uhr auf der Straße in Niederlommach ein älteres Damenrad mit ziemlich neuen Rädern, Wert 1000 Mark, Nr. und Marke unbekannt. Der Täter ist ca. 30 Jahre alt und 165–170 Zentimeter hoch, war ohne Kopfbedeckung und trug braunen Anzug, roten Hemd, blauen Schloß, schwarzes kurzes Haar, schwarzen Schnurbart. Er hat vor-

Nicht gelassen. Die nächsten Maßnahmen werden man der diesen Kriminalpolizei mitteilen.

Corra. Aus dem heute abend im „Höfner“-Saale stattfindenden Vortrag des Kapitäns Dr. Schmitt v. Wille über die Kriegsgeschichte des Landwehrkorps S. M. S. Embden-Wespha ist hiermit nochmals hingewiesen.

Gewalttätigkeiten gegen Zeitungen. In Meilen bildete sich am Dienstag zum Schluß der Demonstrationen ein Zug, der nach der Hauptgeschäftsstraße des Meiner Tagesblattes zog, um vor dieser zu demonstrieren. Hier fand Drohungen gegen die Zeitungen vor, die durch die Demonstrationen verdrängt wurden, Wagen zerstört usw. Die Herausgabe der Zeitung ist dadurch nicht wesentlich behindert worden. Wenn es zu Ausschreitungen nicht kam, so ist das der Einwirkung besonnenen Elements zu danken, die die jugendlichen Delinquenten von kindlichen Ausschreitungen abgehalten haben. — In Göttingen kam es bei den Kundgebungen aus Anlaß der Ermordung des Reichsministers des Reiches Dr. Rathenau zu Ausschreitungen. Die demonstrierende Menge drang in das Grundstück des „Sach. Volksblatt“ und suchte den Verleger und Schriftleiter Witte, den sie kollektiv angriffen. Als Witte eine Schreie abgab, fiel die Menge über ihn her, wobei Witte eine Kopfverletzung davontrug. Witte wurde dann auf einem Wagen durch die Straßen gefahren, bis er im Amtsgericht Aufnahme fand. — In Göttingen wurde der Redakteur Ferdinand Heise, Verleger der Oberlausitzer Tageszeitung, als er auf der Straße dem Demonstrationszug begegnete, von der Menge gezwungen, mitzumarschieren und die kommunistische Fahne zu tragen. Heise weigerte sich energisch. Schließlich machten belohnende Teilnehmer am Zug der erregten Menge ein Ende. — In Göttingen wurde eine verurteilte Arbeiterin auf dem Marktplatz, an der etwa 3000 Personen teilnahmen, zunächst in ein Arbeitsloshaus aus der Stadt verbannt. Die Arbeiterin (H. S.) ist in abfälliger Weise gegen den „Sach. Volksblatt“ ausgesprochen, hauptsächlich deshalb, weil das Blatt für das Volksbegehren eingetreten ist. Im Betriebe des „Sach. Volksblattes“ waren noch einige Arbeiter mit dem Druck der Zeitung beschäftigt. Ein Hausdemonstrant drang in den Betrieb ein und forderte die sofortige Arbeitsaufnahme, was auch geschah. Zu irgend welchen Ausschreitungen oder Bedrohungen ist es nicht gekommen. — In Göttingen demonstrierte die Arbeiterin auf dem Marktplatz vor dem Gebäude des Wagner Tagesblattes. Aus der Menge wurde verlangt, daß der politische Schriftleiter, Herr Nide, vom Fenster der Redaktion aus sich in Sachen eines Pressegesetzes rechtfertigen sollte. Da er sich infolge der herrschenden Unruhe nicht verständlich machen konnte, holte die Menge Herrn Nide aus den Redaktionsräumen heraus, setzte ihn auf einen Viehwagen und fuhr mit ihm nach dem Rathausgebäude, wo er auf freiem Fuß gesetzt wurde. Die Ruhe wurde allmählich wieder hergestellt.

Schul-Trauerfeiern. Das Kultusministerium hat angeordnet, daß in allen Schulen und Hochschulen des Reiches Schulanfänger Trauerfeiern veranstaltet werden, um das Gedächtnis des ermordeten Reichsministers des Reiches Dr. Rathenau zu ehren.

Zur Verhaftung Generalmajor Maercker. Herr Generalmajor Maercker schreibt den „Dresdner Nachrichten“, daß er die Gründe für seine Verhaftung nicht erfahren konnte. Die Zeitungsmeldung, er sei nach mehrstündiger Vernehmung im Polizeipräsidium wieder freigelassen worden, sei falsch. Er sei überhaupt garnicht vernommen worden. — Wie der Telegramm Sachverständigen hierzu hört, ist auch Kapitän von Wendt, der ebenfalls verhaftet worden war, seinem Verhör unterzogen worden. Das läßt diese beiden Nachrichten in einem sehr eigenen Licht erscheinen.

Die Schulkurien. Auf Grund von Betrachtungen des Reichsschulausschusses ist eine Vereinbarung der Länder zustande gekommen, wonach die jährlichen Schulkurien im Reich einheitlich auf die gleiche Dauer gebracht werden. Dies wird eine Verlängerung der Schulkurien in Sachsen um einige Tage zur Folge haben. Unerwartet der hienach erforderlichen Neuordnung hat das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in einer Verordnung, die in der nächsten Nummer seines Verordnungsblattes bekanntgegeben werden wird, die diesjährigen Sommer- und Michaelisferien für alle Schulen gleichmäßig aufzunehmen sechs Wochen festgesetzt. Demgemäß dauern die Sommerferien der höheren Lehranstalten und der Volksschulen in Orten mit höheren Schulen vom 15. Juli bis mit 19. August. Für die übrigen Schulbezirke wird die Verteilung in einer den örtlichen Bedürfnissen entsprechenden Weise der Schulbesetzungsverteilung überlassen.

Neue Gesetzesvorlage. Dem Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer Ausschusspolizei in Sachsen vorgelegt, der dem Landtage zur Entscheidung zwecks baldiger Verabschiedung vorgelegt ist. Ferner beantragt die Regierung, für die Bildung und Unterhaltung der geplanten Ausschusspolizei im Haushaltsplan für das Jahr 1922 ein Veranschlagungsbetrag von 10 Millionen Mark, auf den Haushaltsplan 1922 übertragbar, zu bewilligen. Das Gesetz bezieht, daß die Regierung ermächtigt wird, für den Fall staatsfeindlicher Erhebungen oder Unruhen die Verfassung der Ordnungspolizei in Sachsen durch Männer, die fest auf dem Boden der bestehenden republikanischen Verfassung stehen und seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert sind und für den Volkseinsatz geeignet sind, vorzubereiten. Zu diesem Zweck sind in Gemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern durch die Gemeindebehörde aus den Gewerkschaften und republikanischen Parteien Ausschüsse zu bilden, die eine Liste derjenigen Männer, die zum Eintritt in diese Ausschüsse bereit sind, aufzustellen haben.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Liebesromantik von Anna Wotke. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wotke-Mann, Leipzig.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Gott sei Dank, daß du das endlich einsehst“, rief Frau Johanna erleichtert und zog sich behaglich die Nachtmäße über die Ohren, „da wird vielleicht unsern auch noch mal zu seinem Recht kommen.“

Der Professor lachte vergnügt hinter seiner Bettgardine.

„Schlaf man, Mite. Wir haben ja eine Braut im Hause — eine glückliche Braut!“

Das war eine seltsame Stimmung im Hause von Bebercht Bauer, trotz der zwei Brautpaare, über welche die Tanten die Hände rangen und sich allerlei auslachten, wenn sie — was jeden Sonntag geschah — an dem „Familiengeld“, wie sie es nannten, teilnahmen. Das Weinachtsfest, das Bebercht Bauer dieses Mal besonders glanzvoll gestalten wollte, war auch ziemlich eindrucksvoll vorübergegangen, ungeachtet der kostbaren Geschenke, welche die Weinachtskinder brachten.

Nun war der Frühling schon ganz nahe und man riefte zu Dortheas Hochzeit, der unmittelbar die von Andreas und Dorthea folgen sollte. Dorthea hatte erklärt, nicht länger warten zu wollen und Bebercht und Dorthea hatten eifrig zugestimmt. Je eher Dorthea aus dem Hause käme, desto besser wäre es.

Dorthea ging sehr still umher, und ließ sich nicht wohlgeheime Trübsal anmerken, „daß noch nicht aller Tage Abend war“, meinte sie nicht mehr.

Hilflosigkeit bereit, auch zu helfen. Die Mitglieder dieser Ausschüsse können Aufwandsentschädigungen für ihre Anwesenheit bei den Sitzungen beanspruchen. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß bei der besonders in Sachsen stark betriebenen Debe mit der Gefahr einer allgemeinen staatsfeindlichen Erhebung zu rechnen sei. Durch die Unklarheit ihrer Existenz sei der Abgang der Beamten der Landespolizei so stark, daß rund 1500 Stellen vorhanden sind. Deshalb reicht die Landespolizei nicht mehr aus, um im ganzen Lande organisierten Unruhen und Unruhen wirksam entgegenzutreten zu können. Dazu kommt, daß die Reichswehr zur Unterdrückung einzelner Aufstände außer Betracht bleiben muß. Die Verleumdung des Landes sei am sichersten in den Händen überzeugter Republikaner. Die allein kommen für die Verhütung der Ordnungspolizei in Betracht.

Oschah. Im Rellendorf verfiel traf vorgestern ein junger Mann auf dem Bahnhof Oschah ein. Er entpuppte sich als der 21-jährige frühere Eisenbahngast Max Steinacker aus Wurzen, der erst am 10. März d. J. aus der Strafanstalt Hoheneck, wo er 1 Jahr 10 Monate wegen Diebstahls verbüßt hat, entlassen worden war. Er hatte sich jetzt in Wurzen einen Rellendorf anfertigen lassen, der 1,55 Meter lang, 55 Zentimeter hoch und breit war. Der vierfache Verleumdung des Landes war so eingerichtet, daß er von innen durch Schrauben und Klappmutter geöffnet werden konnte. In diesen Diebstahl hat sich St. mit Hilfe seines Bruders am 26. Juni gegen 1/5 Uhr morgens unter der Eisenbahnbrücke in Dönnitz-Altenbach verfahren. Dann ist der Korb von dem Bruder als beschleunigtes Paket nach Oschah ausgegeben worden, auf dem Frachtbrief als Packmaterial deklariert und adressiert an Kaufmann Paul Glend in Wurzen, Empfangsstation Oschah. St. beabsichtigte, hier auf dem Güterboden lagern zu lassen, Leder oder andere wertvolle Sachen zu stehlen und sie an einen ihm bekannten Hehler in Leipzig zu verkaufen. Er wurde ins Amtsgericht Oschah eingeliefert. Der Vorbreiende soll sich dadurch veranlassen lassen, daß er eingeschlossen war und für das Eisenbahnpersonal hörbar laut schnarchte. Er trug eine Postkarte bei sich mit der Mitteilung: Wenn ich nicht wiederkomme, dann wist ihr Bescheid. Diebstahlsgegenstände wurden ebenfalls bei ihm gefunden.

Amikan. Der Fahrpreis der hiesigen städtischen Straßenbahn wurde auf 2 M. in der ersten Zone, 3,80 M. in der zweiten Zone und 5 M. in der dritten Zone erhöht. Hierzu kommt an Sonn- und Festtagen, sowie für Nachtwagen ein Zuschlag von einer Mark.

Leipzig. Am 26. d. M. vormittags ist einer Konfektionär von der hinteren Treppe des Börsengebäudes von einem unbekannten Manne eine schwarze Altklampe mit über 35 000 Mark, die sie soeben bei einer hiesigen Bank in Empfang genommen hatte, gewaltsam entzogen worden. Das junge Mädchen, das dem Diebstahl hinterher lief und rief laut um Hilfe, worauf einige Passanten hinzu eilten. Trotzdem gelang es dem diebstahligen Räuber, der auf der Flucht durch die Backhofstraße ein Bündel Wäsche mit sich führte und die Scheine auf die Straße warf, um eine gewisse Verwirrung hervorzurufen, zu entkommen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 29. Juni 1922.

Ausgabe der Deutsch-Demokratischen Partei.

Berlin. Der Vorstand der Deutsch-Demokratischen Partei hat am 28. Juni im Zusammenhange mit der Ermordung Rathenaus eine Rundgebung beschlossen, in der es heißt: Das deutsche Bürgertum muß sein unklares und schwaches Schwanken zwischen der Welt der Vergangenheit und der Erkenntnis gegenwärtiger Notwendigkeiten aufgeben und ein tatkräftiger und unerwiderter Träger des neuen Staates werden. Die Rundgebung fordert eine Reihe von Maßnahmen. So wird verlangt, daß die Vorbildung der Jugend auf allen Stufen der Schulen und Hochschulen im Geiste der höchsten Achtung vor der Republik und in Verfassungstreue geführt werde. Die Personalrekrutierung in allen Ressorts soll ausnahmslos in die Hände von hervorragenden sachkundigen und aufrichtigen Republikanern gelegt werden. Das Beamtentum und Disziplinärrecht soll so geordnet werden, daß öffentliche und geheime Gegner der Republik schnellstens darüber belehrt werden, daß man nicht Diener eines Staates sein kann und ihn gleichzeitig unterwühlen darf.

Umbenennung von öffentlichen Plätzen.

München. Die sozialistische Mehrheit des Stadtrats hat gegen die bürgerlichen Stimmen die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Rathenauplatz, sowie die Entfernung der Bilder Hindenburgs und Ludendorfs aus den städtischen Amtsräumen beschlossen.

Jena. Auf Antrag der sozialistischen Vertreter wurde im Stadtrat beschlossen, und zwar gegen die Stimmen der bürgerlichen, den bisherigen Hindenburgplatz Rathenauplatz zu benennen.

Ausschreitungen in Worms.

Worms. Nach der Demonstrationssammlung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften begab sich eine Anzahl Demonstranten nach dem Geschäftslokal der „Wormser Zeitung“ und nach der Privatwohnung des verantwortlichen Redakteurs des Blattes, um diesem die Willkür über einen Artikel im Montag-Abendblatt: Wo sind die Mörder? kundzutun. Veranlaßt durch die Zurufe einer taufendköpfigen Menge und unter der Versicherung einer Abordnung, daß die einzige Möglichkeit, Beschädigungen des Betriebes zu vermeiden, die Wiedereinnahme des Artikels sei, gab der Schriftleiter eine diesbezügliche Erklärung ab. Inzwischen war aber bereits eine Anzahl Demonstranten in den Betrieb der Zeitung eingedrungen. Man be-

schloß dort die Schmachthorn, band einige Stühle zusammen und warf die im Saal stehenden Artikel durch einander.

Die Kontrolle des Reichshaushaltes durch die Milizisten.

Paris. Dem „Temps“ zufolge wird das Garantiekomitee nach der Regelung der Kohlenfrage nunmehr zur Prüfung der Maßnahmen für die Finanzkontrolle übergeben. Die allierten Vertreter werden während der nächsten acht bis zehn Tage die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushaltes einer genauen Prüfung unterziehen. Sie werden von den deutschen Steuerämtern Mitteilungen über die Einnahmen und Ausgaben, die ihnen übertritten erscheinen, ferner über Nachschüsse, die sich bei der Erhebung der Steuern feststellen, verlangen. Diese Untersuchungen haben aber lediglich informativen Charakter.

Der Fehlbetrag im Budget Frankreichs.

Paris. Nach dem Bericht des Generalberichterstatters für das Budget beträgt der Fehlbetrag 3400 Millionen Franken. Zur Beilegung des Fehlbetrages schlägt der Berichterstatter vor, Einschränkungen der Ausgaben um 1400 Millionen und Erhöhung der Einnahmen um zwei Milliarden. Die Ersparnisse sollen hauptsächlich erzielt werden durch Abkürzung im Kriegs- und Marinebudget sowie durch die Entlassung von 25 000 Beamten.

Bürgerkrieg in Dublin.

London. Unter der Überschrift: „Der Bürgerkrieg beginnt in Dublin“ veröffentlicht das „Mail and Globe“ ausführliche Drabungen über die dort im Gange befindliche Schlacht (siehe auch unter England), die den ganzen Tag gedauert habe, zwischen Truppen des irischen Freistaates und irregulären Truppen. Die Truppen des Freistaates, die mehrere tausend Mann stark waren, unternahmen einen entschlossenen Versuch, die Four Courts und die Fowl Memorial Hall, die seit Monaten von den Irregulären besetzt gehalten werden, einzunehmen. In der Fowl Memorial Hall brach am Nachmittag Feuer aus. Die Garnison von Four Courts wurde gezwungen, sich in den rückwärtigen Teil des Gebäudes zurückzuziehen. Von den Dächern der verschiedenen Stadteile wird geschossen. Hunderte von Zivilisten werden in den Kassen und in den Straßen, die an das umkämpfte Gebiet angrenzen. Das Geschäftsleben ruht. Nach Dublin werden keine Bälle hineingeschickt; der Telefonverkehr ist unterbrochen. Infolgedessen ist es schwer, zuverlässige Nachrichten zu erhalten. Den Blättern zufolge sind die Verluste der irischen Freistaats-truppen gering; bis Mittag betrugen sie, wie verlautet, 142 Mann. Ein Kommandant der Freistaatsarmee soll unter den Verwundeten sein. Von maßgebender Seite verlautet, die Verluste in Dublin seien nicht so schwer, wie man nach der Stärke der gegeneinander kämpfenden Truppen hätte erwarten können. — Im Unterhaus gab Chamberlain die Erklärung ab, die Angriffe der Irren auf die Freistaats-truppen der agitativen und anarchischen Maßnahmen von O'Connor, die in der Gefangennahme eines höheren Offiziers der irischen Regierung gipelten.

Widerlegung gegen jeden Krieg.

London. Die Konferenz der englischen Arbeiterparteien in Edinburgh hat eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder sollten übereinkommen, sich jedem Kriege zu widersetzen. Ferner wird in der Resolution gefordert, daß diese Politik bei der nächsten internationalen sozialistischen Konferenz vorgeschlagen werden soll.

Bermischtes.

Das furchtbare Eisenbahnunglück auf der Nordringstraße am Bahnhof Schönhauserallee in Berlin läßt sich in seinen Folgen auch jetzt noch nicht endgültig übersehen. Die amtliche Feststellung hatte bisher 29 Tote und 47 Schwerverletzte ergeben. Nach dem „Berl. Tagebl.“ beläuft sich die Zahl der Toten bereits jetzt auf 40. — Neber das Eisenbahnunglück erhalten die „L. N. R.“ noch folgende Schilderung: In dem Saal zwischen Altheil und Trittbrett stand ein Mann, der eine Ball nicht länger aushalten konnte. Er trug einen über die Schulter des Kopfes gestülpten Hut. Auf dem vorderen Teil des Kopfes, der von Gelbbrünnchen in der Richtung Schönhauser-Allee fuhr, stand auf dem Trittbrett auch ein Mann. Über dessen Rücken ein schwerer Koffer hing. Als die beiden Bälle einander passierten, gerieten die Bretter des einen Mannes zwischen Koffer und Rücken des anderen Mannes. Man hörte zunächst nur ein Krachen und Schlitzen wie von Holz und Glas. Dann sah man den einen Mann, der Bretter in einem Radius trug, durch die Luft wirbeln und 10, 20, 30 Personen mit sich reißen. Auf das Rufen der Retter hielt der Zug fast mit dem Augenblick. Der Mann mit dem Koffer, ein Arbeiter aus Berlin, wurde als Leiche aufgefunden. Zwischen den Gleisen auf dem Bahnhof lagen 81 Menschen, tot, regungslos, in tiefer Bewußtlosigkeit oder jammern vor unglücklichen Schmerzen. Die Verletzungen der Opfer sind grauenvoll. Einem Mann wurde der Brustkorb aufgerissen. Vielen ist der Kopf zerquetscht. Rippen und Gliedmaßen sind gebrochen und innere Organe schwer beschädigt.

Die neue Apotheke in Riehl sucht für solche jüngeres Fräulein mit guter Schulbildung als Verkäuferin. Offert mit Gehaltsantrag u. Q. 9091 an das Tageblatt Riehl.

Ein zuverlässiger Bauwächter wird gesucht. W. Kämper jun., Lauchhammer-Bauhütte Gröba, Riesaer Straße.

Zimmer hatte sie irgend etwas gehofft, daß sie wie ein Wunder von Dornis erlösen würde. Aber nichts geschah, und das ließ sie auf Andreas nicht rechnen konnte, daß hätte sie längst eingesehen. Andreas war so eigen und unfähig in seinem Wesen, und Dorthea gewahrte oft, wie das arme Dornis mit Tränen kämpfte, wenn Andreas sie, ohne es zu wollen, kränkte. Undel Gottschell und Lante Dornis waren es gewiß längst leid, daß sie ihre Einwilligung zu der Verlobung gegeben, denn zweimal hatten sie bereits an den Sonntag-Nachmittag zum „Familiengeld“ gefeiert, und Lante Gottschell hatte mit ihrem Vater eine sehr heftige Auseinandersetzung wegen Andreas gehabt.

Dorthea's einzige Freude blieb das kleine Marielchen.

Es freute sie so sehr, wenn ihr die Tränen aus Angst vor der nächsten Zukunft über die Wangen liefen und schmelzte sie.

„Ach, alles wieder gut, Dorthea.“

Selbst war auch die Mama. Dorthea konnte es gar nicht fassen, daß Dorthea so weilen ganz saust, fast lieb zu ihr war. Sie mußte auch anerkennen, daß sich die Mama um ihre Aussteuer nicht weniger sorgte, als wenn sie ihre rechte Tochter gewesen wäre. Schneidebrettern, Putzmaschinen und Bettüberzügen kamen gar nicht aus dem Hause und die Schätze, die Dorthea mitnehmen sollte, häuften sich immer stärker in den vielen Kammern und Trüben des alten Hauses. Eine Wohnung war bereits gemietet. Nicht vor dem Döllschen Tor, wo man den Blick über weite Wiesen und Gärten hatte. Dorthea war jedoch bisher nicht zu bewegen gewesen, die Wohnung anzusehen, was Dorthea erzählte und die Eltern erzählte. Doch Dorthea blieb fest.

„Ich will nicht in die neue Wohnung ziehen“, hatte sie den Eltern erklärt, „warum soll ich sie ansehen? Ich heirate den Dornis nicht.“

Noch nie hatte sie ihren Vater so zornig gesehen, so daß die Mama vermitteln mußte.

„Das wird sich finden“, hatte er geantwortet. „Es adde genügend Mittel, den Dornis eines widerwilligen Kindes zu brechen. Zudem wäre das Eheverprechen gegeben, und in seiner Familie wäre es nicht Sitte, eingegangene Verbindlichkeiten nicht zu halten.“

„Da hast du ganz recht, Vater“, hatte Dorthea geantwortet. „Ich habe Dornis kein Versprechen gegeben, daß ich zu bloß gelan. Ich aber verpflanze einem Anderen, seine Frau zu werden, und da ich auch eine Bauerin bin, muß ich eben mein gegebenes Versprechen halten.“

Maria Dorthea nicht daswischen getreten, Bebercht Bauer in seinem unheimlichen Born hatte wahrscheinlich Dorthea geschlagen. Tagelang durfte sie sich garnicht vor ihrem Vater sehen lassen. Kein Ausgang wurde ihr erlaubt, wie eine Gefangene wurde sie gehalten. Nur wenn Dornis erkrankte, wurde sie ins Wohnzimmer beordert. Dorthea sah dann stumm und keil an seiner Seite, so daß wirklich ein großes Maß Geduld von Dornis dazu gehörte, nicht zornig oder unartig zu ihr zu werden.

Einmal hatte Dorthea versucht, Dorthea zu bitten, bei dem Vater ein gutes Wort einzulegen, um sie von Dornis frei zu machen.

Da hatte Dorthea Dorthea ganz leise gesagt:

„Es tut mir leid, Dorthea. Ich habe keine Macht mehr über meinen Vater. Hätte ich gehabt, wie ich es dir wird, Ernst zu nehmen, ich hätte die Verlobung vielleicht verhindern können. Aufrecht behauere ich, denn ich habe seither anders denken gelernt, daß es nun zu spät dazu ist. Es gibt kein Aufkämpfen gegen das unerbittliche Schicksal. Und wir müssen es alle tragen, du kommst wie ich.“

